

Von: Rosche, Carsten
Gesendet: Donnerstag, 10. August 2017 17:03
An: RegO1
Betreff: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"
Anlagen: 170717 Ergebnisprotokoll zur Ressortbesprechung.docx; 170717 Ergebnisvermerk.docx

Bitte z.Vg. O1-15016/1#33
Rosche

Von: O1_
Gesendet: Montag, 17. Juli 2017 14:29
An: 'IFG@bmjv.bund.de'; 'GII1@bmub.bund.de'; BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; '505-20@diplo.de'; '505-22@diplo.de'; 'ifg@bk.bund.de'; BKM-K13_'; 'justizariat@bmas.bund.de'; 'IFG@bmbf.bund.de'; BMEL Referat 114; 'VB5@bmf.bund.de'; 'DG3@bmfsfj.bund.de'; BMG Z17; BMVG BMVg Recht I 1; 'Ref-z13@bmvi.bund.de'; BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; '013-9@auswaertiges-amt.de'; AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta; BMUB Behrens, Philipp; BMUB Horn, Dietmar; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Lutz, Dagmar; ZI4_'; VII1_
Cc: Sperlich, Holger; O1_
Betreff: AW: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

O1-15016/1#33

Sehr geehrte Damen und Herren,

das BMAS hat im Vorfeld der heutigen St-Runde dem einheitlichen Verfahrensvorschlag zugestimmt. Damit haben alle Ressorts dem Vorgehen zugestimmt. Die am Freitag bereits versandten Dokumente, jedoch ohne die Änderungsbitten des BMAS, habe ich nochmals beigelegt. In der heutigen St-Runde soll nach hiesigem Kenntnisstand nur zur erfolgten Einigung berichtet werden. Eine weitere Beschlussfassung ist demnach nicht vorgesehen.

Damit wird die ressortübergreifende Abstimmung hiesigerseits als abgeschlossen betrachtet. Die Umsetzung des Verfahrens obliegt den einzelnen Häusern.
Für die Zusammenarbeit bedanke ich mich.

Mit freundlichen Grüßen
i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern
Referat O 1
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
Tel.: 030 / 18681 – 12807
Fax: 030/18681 -5 12807
O1@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Von: O1_
Gesendet: Freitag, 14. Juli 2017 17:34
An: IFG@bmjv.bund.de; GII1@bmub.bund.de; BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; 505-20@diplo.de; 505-22@diplo.de; ifg@bk.bund.de; BKM-K13_'; justizariat@bmas.bund.de; IFG@bmbf.bund.de; BMEL Referat 114; VB5@bmf.bund.de; DG3@bmfsfj.bund.de; BMG Z17; BMVG BMVg Recht I 1; Ref-z13@bmvi.bund.de;

BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; 013-9@auswaertiges-amt.de; AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta; BMUB Behrens, Philipp; BMUB Horn, Dietmar; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Lutz, Dagmar; ZI4_; VII1_

Cc: Sperlich, Holger; O1_

Betreff: AW: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

O1-15016/1#33

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Rückmeldungen zum Protokoll und zum einheitlichen Vorgehen.

Folgende Änderungen wurden am Protokoll aufgrund der Rückmeldungen noch vorgenommen:

1. Aufgrund der erst nach der Sitzung am 5. Juli getroffenen Entscheidungen wurde das Protokoll im Titel auf die schriftliche Abstimmung erweitert mit Stand 14.07.2017.
2. Die Möglichkeit für die Verbände, personenbezogene Daten zu entfernen (statt zu schwärzen) wurde als Option entfernt.
Begründung: Bei einer Schwärzung bleibt erkennbar, dass bestimmte Inhalte des Dokuments unlesbar gemacht wurden, das Dokument bleibt aber i.Ü. unverändert. Demgegenüber könnte bei einer „Entfernung“ personenbezogener Daten aus einer Stellungnahme, insb. wenn die Entfernung auf digitalem Weg erfolgt, ein geändertes Dokument erzeugt werden, das dann nicht mehr der übermittelten Stellungnahme entspricht. Zudem ist dann ggf. auch nicht mehr erkennbar, dass bestimmte Daten, die in der Ursprungs-Stellungnahme enthalten waren, in der veröffentlichten Version unkenntlich gemacht wurden. Um zu vermeiden, dass die Ressorts hierdurch ggf. neuen Kritikpunkten (Zensur o.ä.) ausgesetzt werden, sollte auf den missverständlichen Passus „zu entfernen“ verzichtet werden. Dieser ist nur bei einer Information vorab (wie von BMJV und BMWi bereits praktiziert) sinnvoll.
3. Es wurde präzisiert, dass BMI in Abstimmung mit BMJV das Musterschreiben erstellt. Das Musterschreiben ist dieser E-Mail beigelegt.

Das im Protokoll festgelegte Verfahren für zukünftige Gesetzgebungsverfahren steht unter dem Vorbehalt der politischen Grundsatzentscheidung. Diese Entscheidung ist in der St-Runde am 10. Juli nicht getroffen worden. Hierzu soll eine künftige Regierung selbst entscheiden können und nicht bereits gebunden werden. Das vereinbarte einheitliche Verfahren findet daher b.a.w. keine Anwendung! Falls die zukünftige Bundesregierung sich für eine Veröffentlichung entscheidet, kann jedoch ggf. auf das vereinbarte Verfahren zurückgegriffen werden. Daher ist es weiterhin im Protokoll enthalten.

Zur Vorbereitung der St-Runde am 17. Juli ist zudem ein Ergebnisvermerk beigelegt, der aufgrund der St-Entscheidung vom 10. Juli lediglich die Festlegungen zur Veröffentlichung der Dokumente aus der 18. Legislaturperiode enthält. Nur dies soll in der St-Runde am 17. Juli Gegenstand der Behandlung sein. Die Ausführungen zum zukünftigen Verfahren wurden daher nicht in den Ergebnisvermerk aufgenommen.

Im Ergebnis hat nur das BMAS dem einheitlichen Vorgehen (Verbändebeteiligung vorab, Schwärzung durch Verbände) widersprochen. Hierzu konnte noch keine Klärung herbeigeführt werden. Um Ihnen dennoch den aktuellen Sachstand – auch zur Vorbereitung der St-Runde – zukommen zu lassen, sind sowohl im Protokoll als auch im Ergebnisvermerk die von BMAS gewünschten, noch strittigen Ergänzungen im Änderungsmodus enthalten. Sollte sich vor der St-Runde noch eine Klärung ergeben, werden Sie selbstverständlich umgehend informiert.

Anlagen:

Protokoll (Stand 14. Juli 2017)

Ergebnisvermerk zur Vorbereitung der St-Runde am 17. Juli 2017

Teilnehmerlisten Ressortbesprechung 5. Juli 2017

Pressemeldung

Musterschreiben an Verbände

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 – 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

O1@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Von: O1_

Gesendet: Mittwoch, 12. Juli 2017 18:28

An: IFG@bmjv.bund.de; GII1@bmub.bund.de; BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; 505-20@diplo.de; 505-22@diplo.de; ifg@bk.bund.de; BKM-K13_ ; justizariat@bmas.bund.de; IFG@bmbf.bund.de; BMEL Referat 114; VB5@bmf.bund.de; DG3@bmfsfj.bund.de; BMG Z17; BMVG BMVg Recht I 1; Ref-z13@bmvi.bund.de; BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; 013-9@auswaertiges-amt.de; AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta; BMUB Behrens, Philipp; BMUB Horn, Dietmar; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Lutz, Dagmar; ZI4_ ; VII1_

Cc: Jost, Tanja; O1_

Betreff: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

danke für Ihre Rückmeldungen zur PM und zum Protokoll.

Die PM wurde nach Auflösung letzter Vorbehalte der Pressestelle des BMI z.w.V. zugeleitet, bislang ist jedoch noch keine Veröffentlichung erfolgt. Es wurden noch zwei kleinere Änderungsvorschläge aufgenommen:

1. „aus der aktuellen laufenden Legislaturperiode“ statt „aus der aktuellen Wahlperiode“ (redaktionelle Änderung)
2. „schrittweise im Internet zu veröffentlichen“ statt „schrittweise zu veröffentlichen“ (klarstellende Ergänzung)

Der finale Text ist als Anlage beigelegt. Verschiedentlich wurde auf bereits laufende Presseberichterstattung, ausgehend von den Kampagnenbetreibern, hingewiesen. Grundsätzlich erscheint es dennoch sinnvoll, dass die Bundesregierung eine offizielle Meldung herausgibt, um die Entscheidung zu bestätigen.

Hinsichtlich des weiteren Vorgehens gab es keine Einwände gegen das von BMJV vorgeschlagene Vorgehen, nachdem den Verbänden vorab schriftlich mitgeteilt wird, dass die Stellungnahmen veröffentlicht werden sollen, und diesen die Möglichkeit des Widerspruchs gegeben wird. Allerdings erfolgte der Hinweis, dass die aus der St-Runde vom 10.07.17 geforderte Einheitlichkeit des Verfahrens nicht gegeben sei, wenn zwischen Ressort und Verbänden abgestimmt werden kann, wer die Schwärzung vornimmt. So können Verbände, die von mehreren Ressorts angeschrieben werden, teilweise aufgefordert werden, die Stellungnahmen zu schwärzen und teilweise nicht.

Zudem sei der aufgenommene Satz „Die Veröffentlichung erfolgt unter der Maßgabe, dass personenbezogene Daten im erforderlichen Umfang in den Stellungnahmen der Verbände zuvor entfernt (geschwärzt) werden.“ missverständlich.

Zum einen sei unklar, ob eine generelle Schwärzung der personenbezogenen Daten erfolgen soll. Dazu erfolgte der Hinweis, dass eine generelle Schwärzung der personenbezogener Daten nur erforderlich ist, wenn keine Verbändeabfrage erfolgt. Wird der Veröffentlichung nicht widersprochen, bedarf es keiner Schwärzung personenbezogener Daten. Eine „Doppel“-Lösung würde zu einer Erhöhung der Verwaltungsaufwands führen und macht auch rechtlich keinen Sinn.

Zum anderen bliebe bei dieser Formulierung offen, durch wen die Schwärzungen personenbezogener Daten vorgenommen werden sollen. Wenn dem BMJV-Vorschlag gefolgt werden soll, wäre dies die Aufgabe der Verbände, und zwar in dem Fall, wenn der Veröffentlichung teilweise widersprochen wird.

Um diese Uneinheitlichkeit und Unklarheit zu vermeiden, sollte auch hier ein Vorgehen festgelegt werden. In der Ressortbesprechung herrschte Einigkeit, dass insbesondere bei vielen zu veröffentlichenden Stellungnahmen der Aufwand des Schwärzens sehr hoch sei. Daher empfiehlt es sich h.E., auch hier dem Vorschlag des BMJV zu folgen, und die Verbände zur Schwärzung aufzufordern, sofern sie dies für notwendig erachten. Ein entsprechender Vorschlag ist im beigefügten überarbeiteten Protokollentwurf enthalten. Für das Anschreiben an die Verbände würde ein Musterschreiben erstellt und im Ressortkreis verteilt.

Wir bitten um Mitteilung bis Donnerstag, 13.07.2017 Dienstschluss, ob Sie diesem Vorgehen und dem Entwurf des Protokolls zustimmen. Sofern alle Ressorts zustimmen, wäre die Abstimmung des einheitlichen Vorgehens abgeschlossen. Das Protokoll wäre zugleich Grundlage für den von der St-Runde erbetenen Bericht (Punkt 4 aus der St-Runde).

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 – 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

Carsten.Rosche@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Von: O1_

Gesendet: Dienstag, 11. Juli 2017 11:17

An: 'IFG@bmjv.bund.de'; GII1@bmub.bund.de; BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; 505-20@diplo.de; 505-22@diplo.de; ifg@bk.bund.de; BKM-K13_; justizariat@bmas.bund.de; IFG@bmbf.bund.de; BMEL Referat 114; VB5@bmf.bund.de; DG3@bmfsfj.bund.de; BMG Z17; BMVG BMVg Recht I 1; Ref-z13@bmvi.bund.de; BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; 013-9@auswaertiges-amt.de; AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta; BMUB Behrens, Philipp; BMUB Horn, Dietmar; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Lutz, Dagmar; VI2_; ZI4_

Cc: O1_; Jost, Tanja

Betreff: AW: an ro, Jo WG: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

O1-15016/1#33

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der St-Runde am 10.07.2017 wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Für die laufende Legislaturperiode sollen im Ergebnis alle Referentenentwürfe und Stellungnahmen ins Netz gestellt werden. Etwaige IFG-Antragsteller sollen auf diese Internetveröffentlichungen hingewiesen werden.
2. Um den Arbeitsanfall in den Ressorts handhabbar zu halten, sollen die Einstellungen sukzessive in der Reihenfolge des Eingangs der IFG-Anträge erfolgen.
3. Was mit künftigen Referentenentwürfen etc. passiere, habe die nächste Bundesregierung zu entscheiden (solche Dokumente können derzeit ohnehin nicht von IFG-Anträgen umfasst sein).

4. BMI werde weiterhin gebeten, auf ein ressortweit einheitliches Vorgehen hinzuwirken (welche Stellungnahmen genau, müssen Verbände vorher noch einmal gefragt werden etc.) und in der St-Runde nächste Woche nochmals hierzu zu berichten.

Punkte 1 und 2 entsprechen den Annahmen, die der Ressortbesprechung vom 05.07. zugrunde lagen.

Aus **Punkt 3** ergibt sich, dass die vorbereitete Pressemeldung an die neue Sachlage angepasst werden muss. Der Hinweis auf zukünftige Veröffentlichungen sowie der Hinweis auf die gemeinsame Linie der Bundesregierung wurden entfernt. Der neue Textvorschlag lautet wie folgt:

„Die Bundesregierung hat sich mit der Teilnahme an der Open Government Partnership zu Offenheit und Transparenz im Regierungshandeln bekannt. Die Bundesministerien haben als wichtigen weiteren Schritt auf dem Weg zu diesen Zielen nun beschlossen, Gesetzentwürfe und die im Rahmen der so genannten Verbändebeteiligung dazu eingeholten Stellungnahmen aus der aktuellen 18. Legislaturperiode schrittweise zu veröffentlichen.“

In **Punkt 4** wird explizit ein ressortweit einheitliches Vorgehen gefordert. Daher schlagen wir hinsichtlich der Beteiligung der Verbände im Rahmen der Veröffentlichung von deren Stellungnahmen für die 18. Legislaturperiode vor, abweichend von unserer E-Mail zur Klarstellung vom 10.07.17, dem unten stehenden Vorschlag des BMJV zu folgen. Damit ist die Einheitlichkeit gegeben. Das entsprechend angepasste Dokument ist dieser E-Mail beigelegt. Eine erneute Ressortbesprechung zu diesem Punkt ist dazu aus unserer Sicht derzeit nicht erforderlich.

Zur Pressemeldung und zum Vorgehen unter Punkt 4 bitten wir um Prüfung und Rückmeldung etwaiger Einwendungen bis heute Dienstschluss an das Referatspostfach o1@bmi.bund.de.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 – 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

Carsten.Rosche@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: IFG@bmjv.bund.de [<mailto:IFG@bmjv.bund.de>]

Gesendet: Montag, 10. Juli 2017 18:01

An: O1_

Cc: GII1@bmub.bund.de; BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; 505-20@diplo.de; 505-22@diplo.de; ifg@bk.bund.de; BKM-K13_; justizariat@bmas.bund.de; IFG@bmbf.bund.de; BMEL Referat 114;

VB5@bmf.bund.de; DG3@bmfsfj.bund.de; BMG Z17; IFG@bmjv.bund.de; BMVG BMVg Recht I 1; Ref-z13@bmvi.bund.de; BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; 013-9@auswaertiges-amt.de; AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta; BMUB Behrens, Philipp; BMUB Horn, Dietmar; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Lutz, Dagmar

Betreff: an ro, Jo WG: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

Wichtigkeit: Hoch

Lieber Herr Rosche,

beigefügt die Änderungswünsche des BMJV, vgl. Anlage.

In der Ressortbesprechung wurde insbesondere klar - und mit Abstimmung belegt - vereinbart, dass ohne eine schriftliche Information der Verbände rückwirkend keine Veröffentlichung erfolgen kann. Die in dem von Ihnen zugeleiteten Protokollentwurf nunmehr ausformulierte Alternative (entweder Schwärzung von personenbezogenen Daten ODER schriftliche Mitteilung an Verbände über beabsichtigte Veröffentlichung mit Möglichkeit zum Widerspruch) entspricht nicht dem Entscheidungsstand.

BMJV geht von der hiesigen bewährten Praxis aus, die auch in der Ressortbesprechung eingehend thematisiert wurde. Danach sind es die Verbände, die etwaige Schwärzungen vornehmen. Die Verbände leiten BMJV ein pdf-Dokument in aus ihrer Sicht veröffentlichungsfähiger Fassung zu.

Durch wen etwaige Schwärzungen in den Stellungnahmen von Verbänden vorzunehmen sein werden, war in der Ressortbesprechung strittig und am Ende nicht geklärt.

Vor diesem Hintergrund wird zur Verfahrensweise im Vorfeld der Veröffentlichung von Verbandsstimmungen der nachfolgende (und in die Anlage eingearbeitete) Text zu Nummer 1 Buchstabe c des Protokolls vorgeschlagen:

1) Bezüglich der Veröffentlichung ...

a) ...

b) ...

c) Es werden die aufgrund der Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stimmungen der Verbände veröffentlicht. "Dazu wird den Verbänden vorab schriftlich mitgeteilt, dass die Stimmungen veröffentlicht werden sollen, und diesen die Möglichkeit des Widerspruchs gegeben. Die Veröffentlichung erfolgt unter der Maßgabe, dass personenbezogene Daten im erforderlichen Umfang in den Stimmungen der Verbände zuvor entfernt (geschwärzt) werden. Über das genaue Verfahren hierzu können sich die Häuser mit den Verbänden ins Benehmen setzen."

In dieser, auch aus der Anlage ersichtlichen Fassung ist BMJV - immer vorausgesetzt, der Beratungsstand auf Referatebene ist durch die Unterlage für die heutige St-Runde und die dortigen Erörterungen, deren Ergebnisse hier noch nicht bekannt sind, nicht überholt - mit dem Protokollentwurf einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Vera Jungewelter

Referatsleiterin

Referat Z B 7

Bundesministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz

Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (030) 18 580-9727

Fax: (030) 18 580-9525

E-Mail: jungewelter-ve@bmjv.bund.de

Internet: www.bmjv.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: O1@bmi.bund.de [mailto:O1@bmi.bund.de]

Gesendet: Freitag, 7. Juli 2017 10:03

An: G11@bmub.bund.de; Silvia.Dannenbring@bmwi.bund.de; Nina.Wunderlich@bmwi.bund.de; 505-20@diplo.de; 505-22@diplo.de; ifg@bk.bund.de; K13@bkm.bund.de; justizariat@bmas.bund.de; IFG@bmbf.bund.de;

114@BMEL.BUND.DE; VB5@bmf.bund.de; DG3@bmfsfj.bund.de; Z17@bmg.bund.de; IFG;
BMVGRecht1@BMVG.BUND.DE; Ref-z13@bmvi.bund.de; IFG@bmz.bund.de; NinaMarie.Guettler@bmwi.bund.de;
013-9@auswaertiges-amt.de; 505-0@auswaertiges-amt.de; Juergen.Mueller@bmfsfj.bund.de;
Christina.Kappl@bmfsfj.bund.de; Jutta.Bourauel@BMFSFJ.BUND.DE; Philipp.Behrens@bmub.bund.de;
Dietmar.Horn@bmub.bund.de; Matthias.Sauer@bmub.bund.de; Dagmar.Lutz@bmub.bund.de
Cc: O1@bmi.bund.de; Tanja.Jost@bmi.bund.de; VII1@bmi.bund.de; Z14@bmi.bund.de;
Ernst.Buerger@bmi.bund.de; Beate.Lohmann@bmi.bund.de
Betreff: Protokoll zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

O1-15016/1#33

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang finden Sie den Protokollentwurf zur Ressortbesprechung am 05.07.2017. Anmerkungen senden Sie bitte bis Montag, 10.07.2017 DS an das Referatspostfach O1@bmi.bund.de.

Ich weise bezüglich der getroffenen Vereinbarungen nochmals auf den Vorbehalt hinsichtlich der ausstehenden Rückmeldung zum in der St-Runde am Montag vereinbarten Vorgehen hin.

Der beigelegte PM-Entwurf entspricht der gestern bereits versandten Version und berücksichtigt noch nicht die Rückmeldungen aus der Ressortabstimmung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 - 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

Carsten.Rosche@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Von: O1_

Gesendet: Dienstag, 4. Juli 2017 13:20

An: 'AA Referat 505'; 'AA Referat 505-0'; 'AA Referat 505-22'; 'BK Amt'; BKM-K13_'; 'BMAS'; 'BMBF Z 24'; 'BMEL Referat 114'; 'BMF VB 5'; 'BMFSFJ'; 'BMG Z17'; 'IFG'; 'BMJV'; 'BMUB'; 'BMVG BMVg Recht I 1'; 'BMVI Referat Z13'; 'BMWI BUERO-ZR'; 'BMZ IFG'; VII1_

Cc: Jost, Tanja; Rosche, Carsten; Schüssler, Jana

Betreff: Einladungsschreiben zur Ressortbesprechung am 05.07.2017 " IFG-Kampagne Gläserne Gesetze"

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir Sie ein zu einer Ressortbesprechung zur Umsetzung der Entscheidung der St-Runde vom 03.07.2017 hinsichtlich des weiteren Vorgehens im Rahmen der IFG-Kampagne "Gläserne Gesetze".

Die Besprechung wird als Videokonferenz im

BMI Berlin, Alt-Moabit 140, 10557 Berlin, Raum B 3229 und im

BMI Bonn, Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn, Raum 205 im Haus 6

stattfinden.

Da es um die zeitnahe Veröffentlichung der Gesetzentwürfe und Verbändestellungnahmen auf den Internetportalen der Ressorts geht, stelle ich die zusätzliche Teilnahme jeweils eines Vertreters Ihrer Internetredaktionen anheim.

Ergänzende Unterlagen zum Termin erhalten Sie im Laufe des heutigen Nachmittags.

Wir bitten um Anmeldung für Bonn oder Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

Tanja Jost

Bundesministerium des Innern
Referatsleiterin O1

Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;

Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 18681-11982

E-Mail: O1@bmi.bund.de <mailto:O1@bmi.bund.de>

E-Mail (persönlich):Tanja.Jost@bmi.bund.de